



Bundesministerium
des Innern

POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, 10557 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages
Frau Cansin Köktürk
Platz der Republik 1
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

POSTANSCHRIFT 10557 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-11117

FAX +49 (0)30 18 681-11019

INTERNET www.bmi.bund.de

DATUM 6. Oktober 2025

BETREFF **Schriftliche Frage Monat September 2025**
HIER Arbeitsnummer 9/454

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

auf die mir zur Beantwortung zugewiesene schriftliche Frage übersende ich Ihnen die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung

Christoph de Vries

ZUSTELL- UND LIEFERANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

VERKEHRSANBINDUNG S-Bahnhof Berlin Hauptbahnhof

Bushaltestelle Berlin Hauptbahnhof

Schriftliche Frage der Abgeordneten Cansin Köktürk
vom 29. September 2025
(Monat September 2025, Arbeits-Nr. 9/454)

Frage

Plant die Bundesregierung, angesichts der Bedrohung durch Rechtsextremismus (www.verfassungsschutz.de/DE/verfassungsschutz/der-bericht/vsbrechtsextremismus/vsb-rechtsextremismus_node.html) und der aktuellen Probleme demokratiefördernder Vereine auf lokaler Ebene an Fördermittel zu kommen (bspw. in Wurzen (Sachsen), vgl. www.mdr.de/nachrichten/sachsen/leipzig/grimma-oschatzwurzen/ndk-wurzen-stadtrat-kritik-foerdermittel-verweigert-kultur-news-100.html und Salzwedel (Sachsen-Anhalt), vgl. www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/stendal/salzwedel/salzwedel-demokratie-projekt-foerdermittel-stadtrat-102.html) eine Ausweitung und direktere Förderung von Demokratieprojekten aus Bundesmitteln ähnlich wie es in der letzten Legislatur mit dem Demokratiefördergesetz vorgesehen war (<https://taz.de/Demokratiefoerderung-nach-Ende-der-Ampel/!6051052/>), und wenn nein, mit welcher Begründung?

Antwort

Rechtsextremismus ist die größte Gefahr für die Demokratie in Deutschland. Daher hat die Bundesregierung die Mittel zur Stärkung von Demokratie und gegen Extremismus im Haushalt 2025 und vorbehaltlich der Entscheidung des Haushaltsgesetzgebers 2026 erhöht. So stieg jeweils das Budget des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“, das regional und lokal verankerte Vereine und Verbände in ländlichen und strukturschwachen Räumen fördert, um 5 Mio. Euro auf insgesamt 17 Mio. Euro. Das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ unterstützt insbesondere Verbände und Vereine: nach innen, indem sie etwa ihre Strukturen teilhabe- und beteiligungsorientiert weiterentwickeln, aber auch über die eigenen Grenzen hinaus, da Verbände und Vereine, gerade in ländlichen, strukturschwachen Räumen eine wichtige Funktion für das lokale Gemeinwesen haben.

Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ wird wie im Koalitionsvertrag festgehalten weiterentwickelt und unabhängig evaluiert. Die Förderung kommunaler Partnerschaften für Demokratie ist Bestandteil des Bundesprogramms. Im Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2026 ist ein Anstieg der veranschlagten Haushaltsmittel vorgesehen. Die konkrete Höhe des Mittelansatzes wird im Rahmen der parlamentarischen Haushaltsberatungen festgelegt und steht bis zum Beschluss des Haushaltsgesetzes 2026 unter dem Vorbehalt der Entscheidungen des Haushaltsgesetzgebers.